



Nachhaltiges Wirtschaftswachstum sichern

Wirtschaftskrise bewältigen

Vertrauen schaffen

Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Information des
Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung auf der Sitzung am 09. Februar 2009

Einleitung

Die deutsche Wirtschaft steht in diesem Jahr vor einer krisenhaften Entwicklung. Ausgehend von der durch den Vertrauensverlust unter den Banken ausgelösten Finanzmarktkrise hat sich eine globale Wirtschaftskrise entwickelt, von der Deutschland mit seiner offenen Volkswirtschaft mit hoher Außenhandelsverflechtung im besonderen Maße betroffen ist. Wir befinden uns in einer der wohl schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit vielen Jahrzehnten.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wenngleich die Ausgangslage mit mehr als 40 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2008 vergleichsweise gut ist, zeigt sich Ende 2008 schon eine Abflachung des Beschäftigungsaufbaus, ein relativ starker Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie eine Zunahme der Kurzarbeit. Für die kommenden Monate ist damit zu rechnen, dass die Auswirkungen der konjunkturellen Abkühlung auf den Arbeitsmarkt deutlicher werden.

Bei dem Nachhaltigkeitsindikator „Wirtschaftlicher Wohlstand“, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), wird ein Rückgang von über 2 % erwartet. Ein solcher Rückgang wird vorübergehend vermutlich zu einem Rückgang des Verbrauchs natürlicher Ressourcen führen. Dies könnte vordergründig als umweltschonend und damit positiv im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gedeutet werden - ein Kurzschluss - denn ohne ein langfristiges Wirtschaftswachstum wird weder eine Beschäftigungssicherung gelingen, noch können private und öffentliche Investitionen vorangetrieben werden. Das Erwirtschaften der für den Umweltschutz notwendigen Mittel würde immer schwieriger. Nullwachstum ist keine Perspektive.

Denn auch für die Realisierung von Umweltschutz sind wirtschaftlicher Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung eine zentrale Voraussetzung. Umweltschutz muss entwickelt und erwirtschaftet werden. Ansonsten wären Investitionen wie z. B. in Abfall- oder Abwasserentsorgungsanlagen oder in Technologien der erneuerbaren Energien kaum denkbar. Wachstums- und Innovationsbedingungen müssen also stimmen, dann entstehen auch ausreichend innovative Lösungen, die einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen erst möglich machen.

Deshalb werden alle drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung und Umweltschutz – nur dann profitieren, wenn die Wirtschaft möglichst rasch wieder in den Aufschwung geführt werden kann.

1. Wirtschaftskrise bewältigen, Vertrauen schaffen

Mit dem Übergreifen der Finanzmarktkrise und der internationalen Konjunkturabschwächung auf die gesamte Wirtschaft haben sich die kurzfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland drastisch verschlechtert. Starke Rückgänge bei Nachfrage und Produktion zeigen sich. Das Kabinett hat daher am 14. Januar dieses Jahres mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität zur Sicherung der Arbeitsplätze,

Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um die Wirtschaftskrise zu bewältigen und Vertrauen zu schaffen.

Im Mittelpunkt stehen der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe. Mit den Maßnahmen werden die Investitionen in Zukunftsbereiche – allen voran Bildungsinfrastruktur – deutlich verstärkt, die Kreditversorgung gesunder, wettbewerbsfähiger Unternehmen gesichert, die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker gefördert, Privathaushalte und Betriebe nachhaltig entlastet. Das Gesamtvolumen des Maßnahmenpakets wird für den öffentlichen Gesamthaushalt 2009 und 2010 insgesamt fast 50 Mrd. € betragen. Zusammen mit den im Herbst letzten Jahres beschlossenen Maßnahmen ergibt sich ein konjunkturell wirksames Finanzierungsvolumen von rund 80 Mrd. €. Dies wird ergänzt um den konjunkturellen Impuls der Pendlerpauschale in Höhe von über 8 Mrd. €.

Insgesamt hat Deutschland inzwischen Konjunktur stützende und Impuls gebende Maßnahmen für den Zeitraum 2009/2010 von insgesamt fast 90 Mrd. € beschlossen. Damit leistet Deutschland einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates vom Dezember 2008 zu Konjunkturmaßnahmen in Höhe von 1,5 % des BIP. Dies ist auch im internationalen Vergleich ein massiver Wachstumsimpuls.

Konkret geht es u.a. um Ausweitung der Förderung von F&E-Vorhaben des Mittelstands, leistungsfähige Breitbandanschlüsse in bislang nicht versorgten Gebieten, Stärkung der PKW-Nachfrage durch Umweltprämien bei Erwerb emissionsarmer Neufahrzeuge sowie um Unterstützung des Vorrangs von Kurzarbeit vor Entlassungen, Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden, Senkung der Einkommenssteuer, Senkung der paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und um Auszahlung eines Kinderbonus.

Um den Herausforderungen einer solchen globalen Wirtschaftskrise zu begegnen, ist die soziale Marktwirtschaft nach wie vor die beste Wirtschaftsordnung. In der sozialen Marktwirtschaft gelingt es, den politisch notwendigen Ausgleich von wirtschaftlicher Effizienz auf der einen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem Ziel „Wohlstand für alle“ auf der anderen Seite zu verfolgen. Dort, wo die Bundesregierung mit den Strukturreformen der vergangenen Jahre den Leitideen der Freiheit des Wettbewerbs wieder mehr Raum gegeben hat, konnten sich neue Erfolge einstellen, vor allem am Arbeitsmarkt.

Deutschland ist durch die Erfolge der letzten Jahre für die kommende schwierige Zeit gut gerüstet. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist auf dem niedrigsten Stand seit 1992. Die Arbeitsmärkte sind anpassungsfähiger und flexibler geworden. Die Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht und ihre Bilanzen solide finanziert. Ein ausgeglichener öffentlicher Gesamthaushalt gibt der öffentlichen Hand Spielräume, um mit einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik auf die Eintrübung der Weltwirtschaft zu reagieren. Der globale Abschwung trifft daher auf eine widerstandsfähigere deutsche Wirtschaft, als dies im Abschwung 2001 der Fall war.

2. Strukturelle Rahmenbedingungen verbessern, demographischen Wandel begleiten

Gute strukturelle Rahmenbedingungen sind die Grundlage für ein kräftiges und nachhaltiges Wachstum. Sie gewinnen in der derzeitigen Situation zusätzlich an Bedeutung, weil sie mittel- und langfristig unternehmerische Perspektiven eröffnen. Es muss daher weiter daran gearbeitet werden, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln günstiger zu gestalten. Dies gilt u.a. für die Anreize, ein Unternehmen im Erbfall fortzuführen oder sich durch die Gründung eines Unternehmens selbständig zu machen. Bürokratie muss weiter abgebaut werden.

Die regionale Wirtschaftspolitik des Bundes unterstützt strukturschwache Regionen, um eine unter ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten ausgewogene Entwicklung zu fördern sowie Wachstum und Einkommen auch mit Blick auf künftige Generationen nachhaltig zu erhöhen. Das wichtigste nationale Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

Vorrangiges Ziel der Gemeinschaftsaufgabe ist die Schaffung und Sicherung dauerhafter und höherwertiger Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten – sowohl in städtischen wie in ländlichen Räumen. Damit leistet sie einen zentralen Beitrag zur Stabilisierung und zur Verbesserung des Lebensumfeldes in diesen Regionen. Gerade die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen wirkt der arbeitsplatzbezogenen Binnenwanderung entgegen und hilft so, dem demografischen Wandel in vielen Landesteilen zu begegnen.

Die GRW begleitet die Regionen aktiv im Strukturwandel. Sie unterstützt gewerbliche Investitionen, wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen sowie nichtinvestive Aktivitäten in strukturschwachen Gebieten. 2008 wurden in der GRW Bundesmittel von € 699,5 Mio. eingesetzt, die durch Landesmittel in gleicher Höhe kofinanziert wurden. Im Jahr 2008 wurden für 2.694 Maßnahmen im gewerblichen Bereich Haushaltsmittel von Bund und Ländern in Höhe von 786,31 Mio. € bewilligt. Damit konnte ein Investitionsvolumen von 7,2 Mrd. € angestoßen werden mit dem Ziel, etwa 99.000 Arbeitsplätze zu sichern und 29.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Maßnahmen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurden mit 496 Mio. € gefördert.

Die regionale Wirtschaftspolitik setzt auf die Stärkung der dezentralen Kompetenz, also die Einbeziehung lokaler Akteure, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen. In den Regionen ist das Wissen über die endogenen Wachstumspotenziale gebündelt. Hier können dauerhaft wirkende, innovative Prozesse identifiziert und initiiert werden. Die GRW unterstützt dies beispielsweise durch die Förderung von Regionalmanagements und Regionalbudgets. Auch Infrastrukturvorhaben sollen sich besser in den regionalen Zusammenhang einfügen. Sofern sie auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzepten oder interkommunaler Kooperation umgesetzt werden, erhalten sie einen Förderbonus. Das gilt auch für die Revi-

alisierung von Brachflächen, die zugleich das Ziel der Bundesregierung flankiert, eine nachhaltige Flächeneinsparung zu realisieren.

3. Energieversorgung nachhaltig gewährleisten, Klimawandel begegnen

Eine wirtschaftliche, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist die Grundlage für die Funktionsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, für den Wohlstand der Menschen und für die Zukunftschancen nachfolgender Generationen. Die vermehrte Energienachfrage aufstrebender Entwicklungs- und Schwellenländer, unsere Importabhängigkeit bei Erdöl, Erdgas und Uran sowie auf langfristige Sicht hohe Preise auf dem Weltmarkt bilden die Rahmenbedingungen. Um Abhängigkeiten zu reduzieren und die Vorteile der einzelnen Energieträger zu kombinieren, braucht Deutschland auch weiterhin einen breiten Energiemix. Es ist unerlässlich, Energie möglichst effizient zu verwenden und neue umweltfreundliche Energieträger einzusetzen. Die Energieproduktivität (Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, je Einheit Energieverbrauch) hat sich in Deutschland von 1990 bis 2007 bereits um knapp 40 % erhöht. Der Produktivitätsanstieg bedeutet, dass Energie effizienter eingesetzt wird. Obwohl im gleichen Zeitraum ein Wirtschaftswachstum von 32 % erzielt wurde, ist der Energieverbrauch um 6 % zurückgegangen. Mit einem Primärenergieverbrauch von weniger als 7 Gigajoule pro 1.000 € BIP gehört Deutschland damit zu den energieeffizientesten Industrieländern.

Die Erforschung von Grundlagen sowie die Entwicklung neuer und innovativer Energietechnologien, die sowohl der Verbesserung der Energieeffizienz als auch der Verminderung der Umweltbelastung dienen, muss weiter vorangetrieben werden. Hierfür stehen im Programm „Innovation und neue Energietechnologien“ (5. Energieforschungsprogramm) der Bundesregierung 2,1 Mrd. € von 2008 bis 2011 zur Verfügung. Das 5. Energieforschungsprogramm umfasst einen breiten Technologieansatz. Neben der generellen Federführung für das Energieforschungsprogramm ist das BMWi für die Rationelle Energieumwandlung mit den Bereichen Kraftwerkstechnologien mit CO₂-Abtrennung und CO₂-Speicherung, Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, effizientere Nutzung von Strom, energieoptimiertes Bauen und Energieeffizienz in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie für die nukleare Sicherheits- und Endlagerforschung zuständig. Beispielsweise wird im Förderschwerpunkt „Gebäude der Zukunft“ die Entwicklung zukunftsorientierter Neubauvorhaben unterstützt, deren Primärenergiebedarf gegenüber dem heutigen Stand halbiert ist. Durch das Energieforschungsprogramm werden Innovationsprozesse beschleunigt. Hierdurch sind mittel- bis langfristig erhebliche Impulse zu mehr Wachstum und Beschäftigung sowie Chancen für den Export hocheffizienter Technologien mit nachhaltig wirksamen Beiträgen zu Klimaschutz und Versorgungssicherheit auch international zu erwarten.

Zwei Beispiele sollen aufzeigen, was heute machbar ist:

1960 hatten Braunkohlekraftwerke in Deutschland im Durchschnitt einen Nettowirkungsgrad von 31 %. Heute wird mit dem Einsatz neuester Technologie im Kraftwerk Niederaußem ein Wirkungsgrad von 43 % erreicht. Diese Steigerung bedeutet bei gleicher Stromproduktion eine Reduzierung des Kohleverbrauchs und damit eine CO₂-Emissionsminderung um jeweils nahezu 30 %. Möglich wurde dies, weil Dampftemperaturen und -drücke mit Hilfe neuer Materialien im Kraftwerksbau signifikant erhöht werden konnten. Zukünftig werden Wirkungsgrade von 48 bis 50 % in Braunkohlekraftwerken prognostiziert. Ähnliche Entwicklungen sind auch bei Steinkohle- und Gaskraftwerken zu verzeichnen. Bei den kombinierten Gas- und Dampfkraftwerken wird mittelfristig mit Wirkungsgraden von etwa 65 % gerechnet. Der Nutzungsgrad des eingesetzten Energieträgers – Kohle oder Gas – lässt sich durch die Verwendung der im Kraftwerksprozess anfallenden Abwärme mit Hilfe der Kraft-Wärme-Kopplung weiter erhöhen.

Damit wir unsere Stromversorgung sichern, brauchen wir jetzt auch Investitionen in neue hocheffiziente Kohlekraftwerke. Solche Investitionen sind ebenfalls ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit. Längerfristig geht es darum, Technologien zur Abtrennung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage – CCS) zu entwickeln. Die am 17. Dezember 2008 im Europäischen Parlament angenommene europäische CCS-Richtlinie ist dafür eine wichtige Grundlage. Sie gewährleistet die Einhaltung hoher Umwelt- und Sicherheitsstandards bei der großtechnischen Demonstration und der späteren Einführung dieser Technologien. Wir müssen diese Richtlinie nun rasch in nationales Recht umsetzen.

Ein anderes Beispiel sind Niedrigenergiehäuser, bei denen bisher Dämmstoffdicken von 30 bis 40 cm erforderlich waren. Dies war architektonisch unattraktiv und kostete Wohnraum. Die daraufhin entwickelten Vakuumisulationspaneele sind fünf- bis zehnmal wirksamer und deutlich dünner.

In Deutschland hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtendenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) zwischen 2000 und 2007 mit 8,6 % mehr als verdoppelt. Damit lag ihr Beitrag zur CO₂-Vermeidung 2007 bereits bei 110 Mio. t. Die erneuerbaren Energien haben sich zunehmend zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt und zur Beschäftigung beigetragen, gerade auch in den ostdeutschen Ländern.

Mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) werden deutliche Impulse für mehr Energieeffizienz und einen stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien gegeben. Effizienter Energieeinsatz bedeutet, dass die ergriffenen Maßnahmen eine günstige CO₂-Bilanz und möglichst große Kosteneffizienz aufweisen, zugleich aber die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigen und die Verbraucher nicht überfordern. Die Bundesregierung legt Rechenschaft ab über die Zielerreichung und die Effekte der beschlossenen Maßnahmen. Deswegen werden die an der Umsetzung des IEKP beteiligten Ressorts im November 2010 und danach folgend alle zwei Jahre dem Bundeskabinett einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Rund 40 % der Energie werden in Deutschland für die Beheizung von Gebäuden und die Warmwasserbereitung eingesetzt. Mit KfW-Förderprogrammen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren und den konkreten Maßnahmenvorschlägen im Rahmen der Energieberatung wird ein wichtiger Beitrag zum Kli-

maschutz und für die Beschäftigung im Baugewerbe und im Bauhandwerk geleistet. Diese Investitionen stärken Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung und entlasten Unternehmen und private Haushalte von den hohen Energiekosten.

Um noch mehr Anreize zu schaffen werden in diesem Jahr im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auch Einzelmaßnahmen durch Zuschüsse gefördert. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat der Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms um weitere 580 Mio. € (damit insges. 1,4 Mrd.) für 2009 zugestimmt. Die Bundesmittel zum Investitionspakt für die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten und Sozialeinrichtungen werden von 100 auf 300 Mio. € verstärkt. Länder und Kommunen legen jeweils noch einmal dieselbe Summe dazu.

Häufig sind Informationsdefizite das größte Hemmnis, das Energieeffizienz-Investitionen entgegensteht. Deswegen hat das BMWi die Förderung der Energieberatung für Verbraucher und den gewerblichen Bereich ausgebaut. Die Energieberatung der Verbraucherzentralen wurde um zusätzliche Beratungsthemen, zum Beispiel Wechsel des Stromanbieters erweitert. 2008 wurden 100 weitere Beratungsstellen bzw. Stützpunkte in kommunalen Räumen eingerichtet und 50 neue Energieberater unter Vertrag genommen. Pro eingesetztem Euro an Projektmitteln werden zwischen 11 und 22 Euro an Investitionen in Energiesparmaßnahmen angestoßen – insgesamt 40 bis 80 Mio. € jährlich.

Bei der „Vor-Ort-Energieberatung in Wohngebäuden“ wurden bereits im Mai 2008 die Fördersätze angehoben und die Fördertatbestände um Stromberatung und Thermografiegutachten erweitert. Schon im Juli 2008 hatten sich dadurch die Antragszahlen gegenüber dem Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres mehr als verdoppelt (2008 mehr als 30.000 Anträge). Pro eingesetztem Euro an Projektmitteln werden durch die Energieberatung durchschnittlich 25,- Euro an vorher nicht geplanten Investitionen in Energiesparmaßnahmen angestoßen (2008 ca. 250 Mio. €).

In Zusammenarbeit mit der KfW hat das BMWi den Sonderfonds Energieeffizienz in KMU aufgelegt, um dort die Energieeffizienz durch Optimierung betrieblicher Produktionsprozesse und Anlagen (Betriebsgebäude, Beleuchtung, Bürokommunikation, Elektronik) zu steigern. Zunächst werden im Rahmen einer geförderten Energieberatung Potenziale zur Energieeinsparung ermittelt und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Realisierung dieser Potenziale vorgeschlagen. Die KfW stellt den KMU dann zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung, um diese Maßnahmen umzusetzen. Im Rahmen eines Pilotprojekts der dena (Deutsche Energie-Agentur) wurde ermittelt, dass Investitionen in energiesparende Technologien sich durch die Reduzierung der Energiekosten in der Regel innerhalb von zwei bis drei Jahren bei Kapitalrenditen von 30 % bis 50 % amortisieren. Der Sonderfonds Energieeffizienz in KMU wird gut angenommen: Derzeit werden pro Monat ca. 400 Anträge auf Energieberatung gestellt.

Der Klimawandel beunruhigt die Menschen. Als Schrittmacher in Sachen Klimaschutz und Energieeffizienz steht Deutschland zu seiner klimapolitischen Verantwortung. Gleichzeitig haben Verbraucher und Industrie einen Anspruch darauf, dass die Klimaschutzziele so effizient und kostengünstig wie möglich

erreicht werden. Überzogene Regulierungen, durch die die Industrien lediglich in das Ausland verlagert werden, sind hingegen kontraproduktiv.

Deutschland hat den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen bereits stark gesenkt und ist auf dem besten Wege, das Kyoto-Ziel von -21 % im Schnitt der Jahre 2008 bis 2012 im Vergleich zum Basisniveau von 1990 bzw. 1995 zu erreichen. Die Treibhausgasemissionen konnten bis Ende 2007 um 22,4 % reduziert werden.

Im Dezember 2009 soll in Kopenhagen ein umfassendes internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart werden. Die Europäische Union hat angeboten, die Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 um 30% gegenüber 1990 zu reduzieren, sofern sich die übrigen Industriestaaten zu vergleichbar ehrgeizigen Reduktionszielen und die Entwicklungsländer zu angemessenen Klimaschutzbeiträgen verpflichten. Unter dieser Voraussetzung strebt Deutschland eine Reduktion seiner Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 an.

4. Komparative Vorteile nutzen, Energiekompetenz exportieren

Die enorme wirtschaftliche Dynamik in vielen internationalen Märkten birgt hohe Umwelt- und Klimarisiken, aber auch hohe Vermeidungspotenziale im Energieverbrauch und der Emission von Treibhausgasen. Die Reduktion von Emissionen und die Senkung des Energieverbrauchs sind nicht nur ein wesentlicher Beitrag zum globalen Klimaschutz, sondern tragen auch entscheidend dazu bei, langfristig ökonomische Stabilität und wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten.

Viele Länder befinden sich derzeit in einer Phase der Entwicklung grundlegender Standards und Methoden (z.B. gesetzliche Mindestanforderungen für Gebäude) und Umsetzung für mehr Energieeffizienz. Beratung und ein kontinuierlicher und koordinierter Know-how-Transfer für Entscheidungsträger und Multiplikatoren sind daher wichtige Instrumente, um frühzeitig hochwertige Standards in diesen Ländern zu etablieren.

Deutsche Unternehmen können durch den Export von Energie-Technologien einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollen bei ihren Exportanstrengungen durch Informationsangebote, durch Vernetzung und aktive Begleitung von Auslandsprojekten unterstützt werden. Diesem Ziel dienen u. a. die Exportinitiative Energieeffizienz und die Exportinitiative Erneuerbare Energien des BMWi.

Das BMWi bietet seit langem eine breite Palette von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland an. Nicht zuletzt deshalb haben wir in Deutschland in diesem Bereich einen vergleichsweise guten Stand erreicht. Diese Palette haben wir nun durch die Exportinitiative Energieeffizienz ergänzt. Die Aktivitäten dieser Initiative unterstützen deutsche Unternehmen und Know-how-Träger beim Kontaktaufbau mit ausländischen Bedarfsträgern. Sie bietet Lösungen zur Energieeffizienz in allen Bereichen: in

Gebäuden, industriellen Prozessen, der Energieerzeugung und -verteilung sowie bei Verkehr und Logistik.

Die Exportinitiative Energieeffizienz umfasst eine Reihe von Einzelmodulen. So werden beispielsweise auf ausgewählten internationalen Messen Energieeinspar- und Effizienztechnologien anhand produktübergreifender Beispielprojekte ausgestellt. Oder ausländischen Bedarfsträgern und Multiplikatoren wird im Rahmen von Informations- und Besichtigungsreisen zu deutschen Anbietern anhand von Best-Practice-Beispielen technisches Know-how zur Lösung konkreter Aufgabenstellungen in ihren Herkunftsländern vermittelt. Zu Klimaschutzprojekten im Energiesektor und bei industriellen Prozessen im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) und der Joint Implementation (JI) des Kyoto-Prozesses werden im Rahmen der Exportinitiative systematisch Informationen vermittelt, die Zusammenarbeit mit Partnerländern ausgebaut, interessante Projektportfolios entwickelt und Matching-Veranstaltungen zur Zusammenführung kooperationswilliger und zueinander passender Unternehmen durchgeführt. Weiterführende Informationen sind unter www.efficiency-from-germany.info erhältlich

Neben der Energieeffizienz konnte sich die deutsche Wirtschaft – auch dank der günstiger staatlichen Rahmenbedingungen in Deutschland – schon frühzeitig mit dem Thema erneuerbare Energien vertraut machen. So war es möglich, innovative Entwicklungen in diesen Bereichen anzustoßen, diese über längere Zeiträume zu testen und stetige Verbesserungen aus der Praxiserfahrung einfließen zu lassen. Deutschland hat inzwischen eine international führende Position bei Forschung und Entwicklung und der praktischen Anwendung der Technologien für regenerative Energien inne. Zur Unterstützung der weltweiten Technologieverbreitung von erneuerbaren Energien dient unter anderem die 2002 aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gegründete Exportinitiative Erneuerbare Energien. Diese hat sich seit ihrem Start 2003 zu einem wichtigen Instrument der Außenwirtschaftsförderung für die Erneuerbare-Energien-Branche entwickelt.

Die Exportinitiative Erneuerbare Energien, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert, verantwortet und von verschiedenen Akteuren in Deutschland oder im Ausland durchgeführt wird, unterstützt vor allem KMU der Branche bei der Erschließung von Auslandsmärkten durch verschiedene Maßnahmen und Projekte. Ziel ist eine Exportquote von 70 bis 80 %. Das umfangreiche und speziell auf die Bedürfnisse der mittelständisch geprägten Branche angepasste Maßnahmenpaket der Exportförderung wird von den Unternehmen sehr gut angenommen, wie eine 2007 durchgeführte externe Evaluation gezeigt hat (vgl. BT-Drucksache 16/8276: Unterrichtung durch die Bundesregierung "Stand und Bewertung der Exportförderung sowie Evaluierung der Exportinitiative Erneuerbare Energien".) Eine weitere externe Evaluierung für den Zeitraum 2007 bis 2008 soll Ende 2009 dem Bundestag vorgelegt werden.

Die Exportinitiative hält verschiedene Angebote für deutsche Unternehmen bereit. Ein Geschäftsreiseprogramm bei den Außenlandshandelskammern (AHKn) beispielsweise dient der Anbahnung von Geschäftskontakten zwischen deutschen und ausländischen KMU und der Begleitung der deutschen Unternehmen im Ausland. Viele deutsche KMU der Erneuerbare-Energien-Branche konnten dadurch bereits Geschäfte mit ausländischen Partnern abschließen. Auch die AHKn selbst haben inzwischen Kompetenz

im Bereich der Erneuerbare-Energien-Technologien entwickelt. Das Solardachprogramm der dena (Deutsche Energie-Agentur) ist ein weiteres Beispiel: Durch eine öffentlichkeits- und werbewirksame Kombination von Photovoltaik-Demonstrations- und Referenzanlagen sowie Aktivitäten im Bereich von PR, Marketing und Schulung werden der Export von Technologien im Bereich Solartechnik effizient gefördert und neue Märkte für Photovoltaikanwendungen nachhaltig erschlossen.

Weitere Informationen sind erhältlich unter www.renewables-made-in-germany.com

5. Investitionen in Forschung ausbauen, Innovationen verstetigen

Investitionen in Forschung und Innovationen sind Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen für morgen. Um die Position der deutschen Wirtschaft in wichtigen Zukunftsmärkten zu halten und weiter auszubauen, wurden die Forschungs- und Innovationsaktivitäten mit der High-Tech-Strategie zu einer nationalen Strategie gebündelt. 2009 werden mit rund 12 Mrd. € ca. 8 % mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitgestellt als im Vorjahr. Damit kann das im Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aufgestellte Ziel bei dem Indikator „Innovation“ von 3 % des BIP in 2010 für private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung erreicht werden. Wichtige Weichenstellungen wurden z.B. in den Kernbereichen der Biotechnologie vorgenommen: Die „Pharma-Initiative für Deutschland“, die „Zukunftsinitiative Bioenergie und gesunde Ernährung“ sowie die „Cluster-Initiative Bioindustrie 2021“ leisten einen wesentlichen Beitrag, dass diese Branchen in Europa zur Spitze zählen.

Mit dem Programm „Existenzgründungen“ aus der Wissenschaft (Exist)“, dem High-Tech-Gründerfonds, dem ERP-Startfonds und dem ERP/EIF-Dachfonds werden innovative Unternehmen von der Gründungsidee bis hin zur Expansionsphase gefördert. Der High-Tech-Gründerfonds stellt Technologiegründungen eine erste Finanzierung zur Verfügung. Das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen und die Unternehmenssteuerreform 2008 entlasten die Unternehmen zusätzlich und schaffen Innovationsspielräume.

Das Beispiel der Firma heliatek GmbH, einer Ausgründung der Technischen Universität Dresden und der Universität Ulm, die leichte, flexible Solarzellen aus organischem Material – Farbpigmente auf Basis von Kohlenstoffverbindungen – herstellt, zeigt, dass junge, schnell wachsende Unternehmen ein wichtiger Eckpfeiler für die innovativen internationalen Märkte sein können; insbesondere gilt dies für Unternehmen, die im Umfeld von Hochschulen und Forschungseinrichtungen entstehen.

Mit dem neuen, am 01. Juli 2008 eingeführten zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) werden Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen Unternehmen und F&E-Einrichtungen sowie Innovationsnetzwerke gefördert. Seit dem 01. Januar 2009 wird die bestehende einzelbetriebliche Förderung für Unternehmen in Ostdeutschland in das Programm integriert. Mit der neuen Förderinitiative KMU-

innovativ wird kleinen und mittleren Unternehmen ein erleichterter Einstieg in die technologiespezifische Förderung möglich gemacht. Zudem ist eine zentrale Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes eingerichtet worden, die insbesondere Mittelständlern und Gründern passgenau den Weg zu Förderanträgen für Forschungs- und Innovationsförderung weist.

Um den Standort Deutschland für Informations- und Kommunikationstechnologie zu stärken, wird ein regelmäßiger Dialog mit Spitzen von Politik, von der IKT-Wirtschaft und -Wissenschaft durchgeführt. Informations- und Kommunikationstechnologien tragen in erheblichem Maße dazu bei, die Energieeffizienz zu steigern und damit das Klima zu schützen. Ein neues Handlungsfeld ist dabei „Green IT“.

6. Rohstoffwirtschaft stärken, Rohstoffe nachhaltig gewinnen

Rohstoffe sind, waren und werden auch künftig eine unverzichtbare Grundlage für die industrielle Produktion sein. Sie bilden die wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum gleichermaßen in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Deshalb spielt neben der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit die Versorgungssicherheit eine zentrale Rolle bei der Rohstoffpolitik der Bundesregierung. Dazu hat die Bundesregierung „Elemente einer Rohstoffstrategie“ erarbeitet und in 2007 veröffentlicht.

Allerdings liegt die Sicherung der Rohstoffversorgung in Deutschland ebenso wie in den anderen europäischen Industrieländern primär in der Eigenverantwortung der Privatwirtschaft. Aufgabe des Staates oder der Staatengemeinschaft ist es, die politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine internationale wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung zu setzen. Das gilt nicht nur in Zeiten hoher Preise und angespannter Märkte für Rohstoffe, wie wir sie noch bis weit in das vergangene Jahr hinein hatten. Gerade in Rohstofffragen geht es um Nachhaltigkeit, um Entscheidungen, die weit in die Zukunft hinein wirken.

Seit Jahren gibt es einen permanenten Dialog zwischen Wirtschaft und Bundesregierung zu Rohstofffragen. Mit dem „Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe“, der erstmalig am 26. Juni 2007 getagt hat, besteht dafür nunmehr eine Plattform. Der BDI ist dabei als Sachverständiger eingebunden. Der IMA wird die Rohstoffaktivitäten der deutschen Wirtschaft begleiten und unterstützen.

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung mit Vertretern des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) am 19.01.2009 wurden bestehende Problemfelder erörtert. Dabei ging es auch um einen gesicherten Zugang zu heimischen Rohstoffen. Bereits jetzt erfolgt schon eine Abwägung nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Belangen in den Raumordnungsplanungen der Länder. Aus Sicht der Wirtschaft wird in den einzelnen Bundesländern der Rohstoffsicherung in unterschiedlichem Maße Rechnung getragen. In einer Fachkonferenz im ersten Halbjahr 2009 sollen daher „Rahmenbedingungen zur Gewinnung einheimischer Rohstoffe“ zwischen Bund/Länder/BDI erörtert werden.

Der internationale Rohstoffhandel wird vielfach von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen beeinträchtigt. Angesichts der hohen Importabhängigkeit Deutschlands und der EU gerade bei metallischen Rohstoffen ist eine gesicherte Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen von strategischer Bedeutung für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus sind auf Unternehmensebene Konzentrationsprozesse zu beobachten, die sich in Zukunft auch auf Marktmacht und Preisbildung auswirken können. Zudem nimmt der Einfluss staatsnaher Unternehmen in der Rohstoffförderung zu. Überdies sind wichtige Rohstoffvorkommen oft in politisch instabilen Regionen – insbesondere in Afrika - vorhanden, was ebenfalls zu Versorgungsrisiken beiträgt. Dort, wo Marktmechanismen nicht funktionieren oder eingeschränkt werden, ist ein Ansatzpunkt für politisches – und hier insbesondere auch handelspolitisches – Vorgehen. Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit der EU-Kommission weiterhin für die Beseitigung von Handelsverzerrungen im Rohstoffsektor einsetzen.

Die laufenden WTO-Verhandlungen zur Doha-Runde bieten eine Möglichkeit, um eine Begrenzung von Exportbeschränkungen, doppelten Preissystemen, staatlichen Dumping- und Subventionsmaßnahmen etc. zu erreichen. Weitere Ansatzmöglichkeiten bieten die WTO-Beitrittsverhandlungen mit rohstoffreichen Ländern. Wichtig ist dabei, dass die EU in diesen Verhandlungen einen kohärenten, gleichgerichteten Ansatz vertritt, um negative Präzedenzfälle zu vermeiden. Zusätzlich bieten auf EU-Ebene bilaterale Freihandelsabkommen eine gute Möglichkeit, Handels- und Wettbewerbsbeschränkungen im Rohstoffbereich abzubauen.

Weitere zentrale Elemente einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft sind höhere Materialeffizienz, mehr Recycling und die Substitution von Rohstoffen.

7. Materialeffizient produzieren, Umwelt schonen

Im Produzierenden Gewerbe gibt es große Einsparpotenziale, die bislang weitgehend ungenutzt blieben. Studien beziffern die Einsparpotenziale mit bis zu 20% der eingesetzten Materialien bei einem Gesamtaufwand von 500 Mrd. € jährlich für in der Produktion eingesetzte Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Materialien, die zu Produktkomponenten werden.

Mit dem „Förderprogramm zur Verbesserung der Materialeffizienz“ werden kleinen und mittleren Unternehmen Anreize gegeben, mit Hilfe externer, kompetenter Beratung die eigenen Stoffströme auf Einsparmöglichkeiten zu analysieren und die entdeckten Einsparpotenziale danach zur Erhöhung der eigenen Materialeffizienz zu erschließen.

Gefördert werden einzelbetriebliche Beratungen sowie die Bildung von Unternehmensnetzwerken zur betriebsübergreifenden Verbesserung der Materialeffizienz. Nach mehr als 250 erfolgreich abgeschlossenen und ausgewerteten Erstberatungen (Potenzialanalysen) kann bestätigt werden, was die Wissenschaftler in ihren Studien ermittelt haben: Es gibt diese hohen Einsparpotenziale und ihre Erschließung ist äußerst rentabel. Im Durchschnitt lagen die entdeckten Einsparpotenziale bei ca. 220.000 € jährlich oder

2,5% der Unternehmensumsätze! Das bedeutet im Klartext: Die Erhöhung der eigenen Materialeffizienz und die damit einhergehende Entlastung der Umwelt durch Abfallreduktion kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen deutlich steigern. Mit Blick auf die Umwelt gilt: Wenn Materialverluste vermieden werden, geht dies mit der Vermeidung von anderen Verlusten einher (Energien für Abbau, Transport und Bearbeitung von Grundstoffen, Energien für innerbetriebliche Bearbeitungen und Transporte). Materialeffizienz wirkt somit doppelt nachhaltig.

Eine Evaluation des Förderprogramms hat ergeben, dass die in den Potenzialanalysen aufgedeckten Einsparmöglichkeiten von den Unternehmen in den meisten Fällen aus eigener Kraft und ohne große Investitionen umgesetzt werden können. Für die Hälfte aller Vorschläge der Beraterinnen und Berater waren Investitionen von weniger als 10.000 € erforderlich. Ein weiteres Fünftel erforderte Investitionen von unter 50.000 € bei Amortisationszeiten von weniger als sechs Monaten.

Einsparungen bei Materialkosten gehen mit weiteren Effekten einher, die sich ebenfalls positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Wenn Materialverluste vermieden werden, werden auch Verluste von Arbeitsleistungen und Energien vermieden, die für die Bearbeitung dieser Materialien eingesetzt wurden. Wenn in einem Unternehmen weniger Ausschuss produziert wird, dann steigt dadurch als Nebeneffekt die Kapazität des Unternehmens. Geringere Ausschussraten sind in vielen Fällen mit geringeren Lagermengen, geringerer Lagerfläche, geringerem Umlaufvermögen und daraus resultierend mit höherer Liquidität verbunden. In Situationen, in denen kleine und mittlere Unternehmen einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, Material- und Energiepreise steigen oder Kredite teuer sind, ist Materialeffizienz ein geeignetes Mittel, um sich Wettbewerbsvorteile zu erarbeiten.

Die bereits erwähnten Materialeffizienznetzwerke bieten ein Forum für Erfahrungsaustausch und die Anbahnung von gemeinsamen Aktivitäten, abgeleitet aus den Stärken-/Schwächenanalysen bei den beteiligten Unternehmen. Bereits praktizierte Beispiele sind die gemeinsame Schulung von Mitarbeitern, gemeinsam entwickelte Handbücher zur Materialeffizienz, ein Firmen übergreifendes Schema zur Klassifizierung von Kunststoff-Rezyklat oder Benchmarking von Netzwerkpartnern in Relation zum Durchschnitt – ein Verfahren, das es den Partnern ermöglicht, sich mit Anderen zu vergleichen ohne selbst Betriebsgeheimnisse herausgeben zu müssen.

Während es bei einzelbetrieblichen Beratungen hauptsächlich um die Optimierung von vorhandenen Produktionsprozessen und deren Umfeld geht, sind Netzwerke eher auf zukünftige Produkte mit neuen Materialien oder anderen Produktionsprozessen ausgerichtet. Sie verbessern neben der Materialeffizienz der beteiligten Unternehmen deren Innovations- und Kooperationskultur. Die Kennziffern der erfolgreichen Netzwerke zeigen, dass sie den Unternehmen als wertvoll erachtete Anregungen geben können. Einige Netzwerke sind auf mittlerweile fast 30 Unternehmensmitglieder angewachsen, die 50% der Kosten für das Netzwerkmanagement selbst tragen, was sie nicht tun würden, wenn sich die Netzwerkarbeit für sie nicht rechnen würde.

Warum bedarf es externer Anreize, wenn Materialeffizienz so vorteilhaft ist? Die Hemmnisse in kleinen und mittleren Unternehmen sind bekannt: Keine Zeit, kein Geld, kein (dafür) qualifiziertes Personal, vermeintlich zu hoher Aufwand und zu hohes Risiko. Dass in der Materialeffizienz nachhaltige und große betriebswirtschaftliche Potenziale verborgen sind, ist für viele in den kleinen und mittleren Unternehmen handelnde Personen schwer vorstellbar. Ein weiteres Hemmnis besteht darin, dass man Interna, beispielsweise zu den Produktionsprozessen, offen legen muss, wenn man externe Hilfe in Anspruch nehmen möchte.

Aus den genannten Gründen ist es weiterhin erforderlich, kleinen und mittleren Unternehmen Anreize zu geben, sich dem Thema Materialeffizienz zu öffnen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie setzt deshalb das Förderprogramm zur Verbesserung der Materialeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen fort und verbessert die Förderkonditionen. Informationen dazu finden sich unter <http://www.materialeffizienz.de>. Ein weiterer Baustein ist der Deutsche Materialeffizienzpreis, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie seit 2004 jährlich vergeben wird. Ausgezeichnet werden beispielhafte, richtungsweisende und in der Praxis bereits erfolgreich umgesetzte Lösungen zur Materialeinsparung. Viele der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie prämierten Beispiele zeigen, dass Kreativität oft zu verblüffend einfachen und großen Materialeinsparungen führen kann, selbst bei Produkten, die es seit Jahrzehnten gibt, wie Kanaldeckeln oder Büroklammern. In beiden Fällen konnte der Metalleinsatz fast halbiert werden.

8. Chancen weltweit wahrnehmen, Vertrauen auf internationalen Märkten stärken

Offenheit nach außen und internationaler Wettbewerb bleiben das Erfolgsrezept, um Deutschland bei Wohlstand und Technologie an die Spitze zu führen und dort auch zu halten. Gerade in einem schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld müssen deutsche Unternehmen ihre Chancen weltweit wahrnehmen können. Zugleich muss Deutschland als Standort für ausländische Investoren offen und attraktiv bleiben. Ein liberalisierter Weltmarkt mit der Öffnung der Märkte für umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen kann zudem auch entscheidend zur Verbreitung von Umwelttechnologien beitragen. Das betrifft insbesondere den Einsatz modernster Umwelttechnologien in den Schwellenländern. Profitieren würde hiervon der globale Umwelt- und Klimaschutz.

Ein zügiger Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde würde die multilateralen Handelsregeln stärken und damit Vorhersehbarkeit und Verlässlichkeit für die international tätigen Unternehmen erhöhen. Dies wäre ein wichtiges Signal für die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren und könnte so einen Beitrag zur Vertrauensbildung auf den Märkten leisten.

Das Thema Handel und Umwelt bildet einen festen Bestandteil der Doha-Runde. So umfasst das Doha-Verhandlungsmandat drei Umweltthemenbereiche. Erstens soll das rechtliche Verhältnis zwischen Ver-

pflichtungen aus multilateralen Umweltabkommen und WTO-Regeln definiert werden. Zweitens wird ein verbesserter Informationsaustausch zwischen dem WTO-Sekretariat und den Sekretariaten der multilateralen Umweltabkommen angestrebt. Dies kann beispielsweise durch die gegenseitige Gewährung eines Beobachterstatus erzielt werden. Der dritte Bereich hat die Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern zum Gegenstand. Die präferentielle Behandlung von Umweltgütern hinsichtlich der Zollerhebung bewirkt, dass diese Güter verglichen mit weniger umweltfreundlichen Technologien dort zu günstigeren Preisen angeboten werden können. Dies kann entscheidend zur weltweiten Verbreitung von umweltfreundlichen Technologien und Dienstleistungen beitragen und somit den Klimaschutz nachhaltig fördern.

In der Doha-Runde gibt es zwar Konsens, Umweltgüter in besonderem Maße zu liberalisieren, d.h. über die für normale Industriegüter vorgesehene Liberalisierung hinausgehend. Die Festlegung auf bestimmte Umweltgüter und das anzuwendende Verfahren ist aber weiterhin unter den WTO-Mitgliedern umstritten. Der von der EU und „friends of environment“ (u.a. Australien, USA, Japan, Kanada) favorisierte Ansatz einer Umweltgüterliste stößt den Schwellenländern wie Indien und Brasilien auf Widerstand.

Zur Unterstützung und schnelleren Umsetzung des multilateralen Ziels können bilaterale Freihandelsabkommen dienen. Die Liberalisierung von Umweltgütern und -dienstleistungen ist wichtiger Bestandteil der Nachhaltigkeitskapitel in bilateralen Freihandelsabkommen der neuen Generation, die die EU derzeit u.a. mit Indien, ASEAN, Südkorea, Zentralamerika, der Andengemeinschaft und der Ukraine verhandelt. Bilaterale können eine multilaterale Lösung insofern ergänzen, dass sie eine schnellere und umfassendere Liberalisierung von Umweltgütern unmittelbar nach Verhandlungsabschluss zu erlauben. Zudem kann in bilateralen Abkommen der Markt für Umweltdienstleistungen umfassend liberalisiert werden. Darüber hinaus sehen die bilateralen Freihandelsabkommen der EU vor, die effektive Implementierung international anerkannter Umweltstandards von den Partnerländern einzufordern, sowie den Handel umweltfreundliche Güter, Dienstleistungen und Technologien zu fördern. Auch hier verfolgt die EU den Ansatz, mit Anreizen und Präferenzen auf Grundlage wechselseitiger Vereinbarungen zu arbeiten, weil auf diesem Weg bessere Ergebnisse für Umwelt- und Klimaschutz erzielbar

Das Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs auf dem Weltfinanzgipfel zu Freiheit im Handel und grenzüberschreitenden Investitionen wird mit Nachdruck unterstützt. Protektionistische Maßnahmen wird entschlossen entgegengetreten. Wirtschaftlich schwierige Zeiten wie derzeit bergen die Gefahr, dass der politische Wille zur weiteren Öffnung von Märkten abnimmt. Zudem ist zu befürchten, dass protektionistische Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden wie z.B. die Anhebung angewandter Zölle, die missbräuchliche Nutzung handelspolitischer Schutzinstrumente oder die Erhöhung der landwirtschaftlichen Subventionen. Solche Maßnahmen - dies zeigt die Vergangenheit - tragen eben nicht zur Lösung, sondern zur Vertiefung wirtschaftlicher Probleme bei.

Antworten auf globale Herausforderungen müssen zunehmend in internationalen Kooperationen gefunden werden. Dabei ist Deutschland auf starke und zuverlässige internationale Partner angewiesen. Dies betrifft insbesondere auch die Kooperation mit Schwellen- und Entwicklungsländern, die für die Lösung globaler Probleme wie der Finanz- oder der Nahrungsmittelkrise eine zunehmende Rolle spielen. Die

Bundesregierung unterstützt diese Länder im Rahmen der Entwicklungspolitik beim Auf- und Ausbau nachhaltiger und krisenbewusster Wirtschafts- und Finanzsysteme und bezieht sie in den Globalisierungsprozess gleichberechtigt mit ein. Darüber hinaus setzt sie sich dafür ein, dass die internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds sowie regionale Entwicklungsbanken zusätzliche Mittel für die Stabilisierung der Wirtschaftssysteme dieser Länder bereitstellen.

Das Erstarken großer Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika bietet enorme Chancen und bringt zugleich neue Herausforderungen mit sich. Es geht darum, dass die Schwellenländer ihrer Verantwortung für die politische Gestaltung der Globalisierung nachkommen und entsprechende Maßnahmen ergreifen wie beispielsweise für mehr Offenheit bei grenzüberschreitenden Investitionen, bei der Förderung und dem Schutz von Innovationen, bei Schlüsselfragen wie Energie- und Klimaschutzpolitik sowie in der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland hat mit seiner auf Export und internationale Investitionen ausgerichteten Wirtschaft ein besonderes Interesse an einer nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch verstärkten politischen Integration der Schwellenländer in den Globalisierungsprozess. Diesem Ziel dient der unter deutscher G8-Präsidentschaft in 2007 verabschiedete Heiligendamm-Prozess. Dieser Prozess sieht u.a. eine Bestandsaufnahme der Investitionsbedingungen vor, die auch die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen thematisiert. Anlässlich der global steigenden Energieverbräuche sowie dem sich beschleunigenden Klimawandel wollen die G8 und die großen Schwellenländer gemeinsam diskutieren, wie die Energieeffizienz gesteigert und durch Technologiekooperation die Energiesicherheit erhöht und die Treibhausgasemissionen gesenkt werden können.

Ausblick

Es ist das dezidierte Ziel, der tiefen Rezession entgegenzuwirken und langfristig die Wachstumskräfte zu stärken, um wieder ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Das Verfolgen und Erreichen von Nachhaltigkeitszielen wird dabei nicht aus dem Auge verloren. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert und unterstützt mit vielfältigen Maßnahmen die Modernisierung Deutschlands, ob auf dem Feld der Energieversorgung, der Ressourcenschonung oder bei neuen Technologien und Innovationen. Wir werden die ambitionierten Ziele z.B. bei der Verbesserung der Energieeffizienz oder beim Klimaschutz nicht ohne Innovationen erreichen können. Deshalb werden wir durch gezielte Förderung beitragen, ein Feld für das Entstehen von Innovationen zu schaffen und Innovationsprozesse beschleunigen, damit neue Technologien schneller auf den Markt gebracht werden können.